

19. VII. 1919

19
88

Die Bekämpfung der Ernährungs- Schwierigkeiten.

Vorschläge des Ausschusses.

Der Ernährungsausschuss der Preussischen Landesversammlung hat am Dienstag abend nach eingehenden Beratungen folgende Entschliessungen gefasst: „Die Staatsregierung zu ersuchen: 1. sobald die ausländische Zufuhr von Getreide resp. Mehl es gestattet, die Auswahlung des Getreides herabzusetzen und die freiwerdende Arie sofort als Viehfutter zur Verfügung zu stellen; 2. die Zwangswirtschaft, a) soweit sie Getreide, Stroh, Gemüse, Obst und sonstige verderbliche Gegenstände Erzeugnisse Futtermittel betrifft, völlig abzubauen und das Futtergetreide nur insoweit zu erfassen, als es zur Herstellung der menschlichen Ernährung erforderlich ist, b) soweit sie Kartoffeln betrifft, nur den tatsächlichen Bedarf zu erfassen, den Rest aber der Landwirtschaft freizulassen; 3. Zucht- und Zugvieh nach Möglichkeit zu schonen; von weiteren Eingriffen in die Milchviehbestände ist Abstand zu nehmen; 4. die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, namentlich auch das Brotgetreide, in das richtige Verhältnis zu den Produktionskosten zu bringen; 5. der Landwirtschaft die nötigen Kohlen, Brennstoffe und Betriebsstoffe schleunigt zuzuführen; 6. das bei der Demobilisierung freigewordene Heeresgut der Landwirtschaft, soweit es von ihr verwendet werden kann, zu mäßigen Preisen und ohne Zwischenhandel zur Verfügung zu stellen; 7. der Landwirtschaft sofort und für die Zukunft in ausreichendem Maße künstliche Düngemittel zur Verfügung zu stellen und zu mäßigem Preise und gerecht zu verteilen a) durch sofortige Inbetriebsetzung der Stickstoff erzeugenden Fabriken, b) durch energische Einwirkung auf die Friedensverhandlungen in dem Sinne, daß die Möglichkeit der Versorgung der Landwirtschaft mit Phosphorsäure sichergestellt wird, c) durch energische Förderung von Kali.

Sicherung und Steigerung der Lebensmittelversorgung: a) Organisierung von Arbeitsgemeinschaften der Landwirte zu gegenseitiger Hilfe; b) genossenschaftliche Beschaffung und Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte unter Zuhilfenahme der Heeresbestände und Sicherstellung der Betriebsmittel dafür; c) Förderung der Produktion der künstlichen Düngemittel, Bereitstellung und Verteilung derselben unter behördlicher Aufsicht, insbesondere für den Kartoffel-, Getreide- und Altbau; d) Beschaffung von geeignetem Saatgut an erschwärzten Preisen; e) Ausbildung und Fortbildung der Landwirte, u. a. auch durch Veranstaltung von Wanderkursen, Anleitung zu weiterer Bestellungs- und Erntetechnik an angelegten Versuchsfeldern; f) zwangsweise Bewirtschaftung brachliegender Felder, Verpachtung von geeignetem Freiland für Klein-Gartenbau an kleine Leute zu mäßigen Preisen; g) Beschaffung von Arbeitskräften durch Errichtung öffentlicher paritätisch verwalteter Arbeitsnachweise und Ausbau bestehender auf dem Lande. Förderung des Wohnungsbaues auf dem Lande. Herbeiführung von Tarifverträgen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Löhne und Arbeitsbedingungen und Sicherstellung derselben.

Bewirtschaftung der Lebensmittel: a) Vorläufiges Festhalten an der öffentlichen Bewirtschaftung der für die Volksernährung wichtigsten Lebensmittel. Mitwirkung der Genossenschaften und der Vertreter der Organisationen der Produzenten und Verbraucher bei Durchführung der Erfassungs- und Verteilungsmassnahmen. b) Möglichste Durchführung des Zwangsanschlusses der Kuhhalter an Molkereien, evtl. Errichtung von Behelfsmolkereien. c) Allgemeine Einführung der Viehkaufsteuer. Reorganisation der Viehhandelsverbände durch Heranziehung der Vertreter der Kommunalverbände sowie der Organisation der Verbraucher und der Fleischer in die Vorstände der Viehhandelsverbände.

Systematischer Abbau der Preise und Verteilung der Lebensmittel: a) Zuführung der öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel der eigenen Produktion und der vom Auslande kommenden an die Bevölkerung durch Vermittlung der Kommunalverbände unter Mitwirkung der Konsumgenossenschaften und Vertreter der Verbrauchsorganisationen; b) Bereitstellung der Ueberschüsse der Viehhandelsverbände zur Abgabe von Lebensmitteln zu billigen Preisen an die bedürftigen Kreise der Bevölkerung und Erlaß von Zwangsvorschriften an die Gemeinden zur organisatorischen Durchführung dieser Massnahmen.

Zur besseren Verteilung der Arbeitskräfte und zur Ermöglichung der dringenden Arbeiten in der Landwirtschaft ist die Zurückführung solcher Arbeiter, die früher auf dem Lande beschäftigt wurden, zu erleichtern, insbesondere durch Gewährung freier Eisenbahnfahrt. Landwirtschaftliche Arbeiter, denen Arbeiten in der Landwirtschaft zu angemessenen Bedingungen nachgewiesen werden, sollen zu öffentlichen Notstandsarbeiten nicht verwendet werden.